L 4 R 319/10

Land
Berlin-Brandenburg
Sozialgericht
LSG Berlin-Brandenburg
Sachgebiet
Rentenversicherung
Abteilung

4
1. Instanz
SG Berlin (BRB)
Aktenzeichen
S 9 R 7758/08

Datum
11.03.2010
2. Instanz
LSG Berlin-Brandenburg
Aktenzeichen
L 4 R 319/10

Datum
12.01.2012
3. Instanz
Bundessozialgericht
Aktenzeichen

-
Datum

-
Kategorie
Urteil
Leitsätze

Für die Feststellung von Zeiten der Zugehörigkeit zur zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz besteht kein Rechtsschutzbedürfnis, wenn bei der Rentenberechnung für diese Zeiten bereits Entgelte bis zur Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt worden sind.

Bemerkung
Zur betrieblichen Voraussetzung beim „Deutschen Innen- und Außenhandel Chemieausrüstungen“.

Zur Glaubhaftmachung von Jahresendprämien.

Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 11. März 2010 wird zurückgewiesen. Die Klage gegen den Bescheid vom 7. März 2011 wird abgewiesen. Die Beteiligten haben einander auch für das Berufungsverfahren keine Kosten zu erstatten. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Der Kläger begehrt die Feststellung weiterer Zeiten der Zugehörigkeit zur zusätzlichen Alters-versorgung der technischen Intelligenz sowie höherer Arbeitsentgelte für bereits festgestellte Zeiten nach dem Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetz (AAÜG).

Der 1931 geborene Kläger erwarb mit einer Urkunde vom 25. Juni 1953 die Berufsbezeichnung "Ingenieur in der Fachrichtung Maschinenbau". Mit einer weiteren Urkunde vom 9. Mai 1974 wurde ihm der akademische Grad des Diplomingenieurs verliehen. Vom 1. August 1953 bis zum 19. April 1954 arbeitete er als Ingenieur bei der M P. In der Zeit vom 20. April 1954 bis zum 10. Juli 1957 war er bei dem D I- und A C als technischer Verkäufer und später als Reiseingenieur angestellt. Der Betrieb war dem Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel als übergeordnetem Organ unterstellt. Anschließend war der Kläger vom 15. Juli 1957 bis zum 31. August 1960 im Ministerium für Kohle und Energie - Z f W - als Referent und dann in der Z f W E als Oberreferent tätig. Schließlich war er vom 1. September 1960 bis über den 30. Juni 1990 hinaus bei der Bauakademie der Deutschen Demokratischen Republik - IürH, L und G dB - als wissenschaftlicher Mitarbeiter beschäftigt. Dem Kläger wurde 1969, 1977 und 1986 der Ehrentitel "Aktivist der sozialistischen Arbeit" verliehen. Sein Forschungsbereich wurde in den Jahren 1969, 1971-1978 und 1981 bis 1983 mit dem Ehrentitel "Kollektiv der sozialistischen Arbeit" ausgezeichnet.

Auf Antrag des Klägers bewilligte ihm die Beklagte als Rentenversicherungsträgerin mit Bescheid vom 20. September 1995 für die Zeit ab dem 1. Juli 1995 eine Altersrente für langjährig Versicherte. Am 23. April 2008 beantragte der Kläger die Berücksichtigung seiner Jahresendprämien bei der Rentenberechnung und reichte zu diesem Zweck zahlreiche Belege nach. Mit Bescheid vom 7. August 2008 stellte die Beklagte als Zusatzversorgungsträgerin fest, dass die Voraussetzungen des § 1 AAÜG erfüllt sind. Zudem stellte sie die Zeiten vom 1. August 1953 bis zum 19. April 1954, vom 15. Juli 1957 bis zum 31. Dezember 1976 und vom 19. Februar 1977 bis zum 30. Juni 1990 als solche der Zugehörigkeit zur zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz sowie die dabei erzielten Arbeitsentgelte fest. Hinsichtlich der Zeit vom 20. April 1954 bis zum 10. Juli 1957 wurde die Anerkennung der Zugehörigkeit zu dem genannten Zusatzversorgungssystem ausdrücklich abgelehnt, da es sich bei dem Deutschen Innen- und Außenhandel Chemieausrüstungen weder um einen volkseigenen Produktionsbetrieb der Industrie oder des Bauwesens noch um einen gleichgestellten Betrieb gehandelt habe. Für die Zeiten vom 1. Januar 1959 bis zum 31. Dezember 1959, vom 1. Januar 1973 bis zum 31. Dezember 1973, vom 1. Januar 1978 bis zum 31. Dezember 1978 sowie vom 1. Januar 1982 bis zum 30. Juni 1990 wurde die Anerkennung höherer Arbeitsverdienste abgelehnt, weil deren Zufluss weder nachgewiesen noch glaubhaft gemacht worden sei. Mit einem weiteren Bescheid vom 20. August 2008 stellte die Beklagte als Rentenversicherungsträgerin die Altersrente des Klägers neu fest und legte dabei die mit Bescheid vom 7. August 2008 getroffenen

Feststellungen zugrunde. Sie berücksichtigte unter anderem hinsichtlich der Zeit vom 20. April 1954 bis zum 10. Juli 1957 bereits Arbeitsentgelte bis zur allgemeinen Beitragsbemessungsgrenze. Gegen den Bescheid vom 7. August 2008 richtete sich der am 22. August 2008 bei der Beklagten eingegangene Widerspruch, den sie mit Widerspruchsbescheid vom 25. November 2008 zurückwies.

Am 23. Dezember 2008 hat der Kläger bei dem Sozialgericht Berlin Klage erhoben, mit der er die Anerkennung der vollen Zugehörigkeit zur zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz seit 1953 bis zum 30. Juni 1990 sowie die Berücksichtigung seiner Jahresendprämien von 1981 bis 1989 begehrt hat. Er hat eidesstattlich versichert, dass in der Zeit von 1981 bis 1989 wie auch in den Jahren vor 1981 jedes Jahr Jahresendprämien an ihn ausgezahlt worden seien. Lediglich das Prozedere sei ab 1981 ein anderes als bis 1980 gewesen. Bis 1980 sei die Prämienauszahlung mit einem Begleitschreiben erfolgt, ab 1981 jedoch nur noch gegen handschriftliches Quittieren in namentlich geführten Empfängerlisten, die dann der Institutsleitung zurückgegeben worden seien. Darüber hinaus hat der Kläger vorgetragen, der Empfang der Prämien sei unbestreitbar, die genaue Höhe trotzdem nicht zu beziffern. Die Höhe lasse sich jedoch anhand des empirischen Verhältnisses zwischen Gehalt und Prämie bestimmen und mit einem Durchschnittsbetrag in Höhe von 1.321,- Mark beziffern. Das Sozialgericht hat die Registerakten hinsichtlich des Deutschen Innen- und Außenhandels Chemieausrüstungen in Form von Ablichtungen zu den Gerichtsakten genommen. Mit Urteil vom 11. März 2010 hat es die Klage – mit Zustimmung der Beteiligten ohne mündliche Verhandlung – abgewiesen. Die Zeit vom 20. April 1954 bis zum 10. Juli 1957 könne nicht als Zeit der Zugehörigkeit zur zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz festgestellt werden, da es sich bei dem Deutschen Innen- und Außenhandel Chemieausrüstungen nicht um einen volkseigenen Produktionsbetrieb der Industrie oder des Bauwesens oder einen gleichgestellten Betrieb gehandelt habe. Die geltend gemachten Jahresendprämien könnten nicht berücksichtigt werden, da weder nachgewiesen noch glaubhaft gemacht sei, dass diese dem Kläger ausgezahlt worden seien. Der Kläger hat gegen die ihm am 18. März 2010 zugestellte Entscheidung am 12. April 2010 Berufung eingelegt. Er hat den aus seiner Sicht jährlich als Jahresendprämie anzuerkennenden Betrag auf 1.337,- Mark berichtigt. Im Laufe des Verfahrens hat der Kläger eigene Ermittlungen angestellt, und zwar durch schriftliche Anfragen beim Landesverwaltungsamt Berlin, bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sowie beim Bundesarchiv. Das Landesverwaltungsamt hat mitgeteilt, die Quittungslisten der Bauakademie seien nicht aufbewahrungspflichtig gewesen, so dass sie bei der Übernahme der Lohn- und Gehaltsunterlagen der Bauakademie nicht übergeben worden seien. Eine Anfrage bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung könne dagegen möglicherweise Erfolg haben. Die Senatsverwaltung hat den Kläger ebenfalls wissen lassen, dass keine Quittungslisten mehr vorlägen. Die Personalakten der Jahrgänge bis 1938 seien in Abstimmung mit dem Landesarchiv bereits vernichtet worden. Das Bundesarchiv hat dem Kläger die dort vorhandenen Unterlagen der Bauakademie übersandt, in denen auf die Festlegungen zum Prämienfonds Bezug genommen wird. Es konnte lediglich eine Quittungsliste für das Jahr 1982 ermitteln, aus der ausdrücklich hervorgeht, dass der Kläger im Jahr 1983 eine Jahresendprämie in Höhe von 1.150,- Mark erhalten hat. Im Übrigen seien die Quittungslisten über die Jahresendprämien nicht in den Bestand des Bundesarchivs gelangt. Der Kläger hat dem Senat die Unterlagen aus dem Bundesarchiv mit Schriftsatz vom 20. August 2010 zu kommen lassen. Es handelt sich dabei um eine Niederschrift vom 26. Februar 1981 unter anderem zur Jahresendprämierung 1980, einen Auszug aus der Anlage 2 zum Betriebskollektivvertrag 1982, eine Auflistung der Jahresendprämienbezieher vom 18. März 1983, einen Auszug aus einem Entwurf einer Anlage 2 zum Betriebskollektivvertrag 1983, einen Auszug der Anlage 2 zum Betriebskollektivvertrag 1984, einen Auszug aus dem Geschäftsbericht 1984 Teil I, einen Auszug aus dem Betriebskollektivvertrag 1985, einen Auszug aus dem Geschäftsbericht 1985, einen Auszug aus einem Entwurf einer Anlage 2 zum Betriebskollektivvertrag 1986, ein Schreiben der Direktion Kader und Weiterbildung der Bauakademie betreffend einen Entwurf zum Betriebskollektivvertrag 1988 nebst Auszug aus diesem Entwurf, eine Anlage 2 zum Betriebskollektivvertrag 1988, einen Auszug aus dem Geschäftsbericht 1988 und eine handschriftliche Aufstellung über Prämien 1989. Daraufhin hat die Beklagte mit Schriftsatz vom 5. Oktober 2010 ein Teilanerkennnis abgegeben. Mit einem weiteren Bescheid vom 7. März 2011 hat sie die im Jahr 1983 für das Jahr 1982 gezahlte Jahresendprämie in Höhe von 1.150,- Mark berücksichtigt und im Übrigen die mit Bescheid vom 7. August 2008 getroffenen Regelungen beibehalten. Der Kläger hat das Teilanerkennnis der Beklagten hinsichtlich des Jahres 1983 angenommen und die Berufung bezüglich der Anerkennung einer Jahresendprämie für das Jahr 1981 zurückgenommen.

Der Kläger beantragt sinngemäß, das Urteil des Sozialgerichts Berlin vom 11. März 2010 aufzuheben und die Beklagte unter Änderung des Bescheides vom 7. August 2008 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 25. November 2008 und des Bescheides vom 7. März 2011 zu verpflichten, die Zeit vom 20. April 1954 bis zum 10. Juli 1957 als Zeit seiner Zugehörigkeit zur zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz und die dabei erzielten Arbeitsentgelte sowie hinsichtlich der Jahre 1982 und 1984 bis 1989 jeweils weitere Arbeitsentgelte in Höhe von 1.337,- Mark festzustellen.

Die Beklagte beantragt, die Berufung zurückzuweisen und die Klage gegen den Bescheid vom 7. März 2011 abzuweisen.

Sie hält die getroffene Entscheidung für zutreffend. Hinsichtlich des weiteren Vorbringens der Beteiligten und der Einzelheiten des Sachverhalts wird Bezug genommen auf die Gerichtsakten und die Verwaltungsvorgänge der Beklagten, die vorgelegen haben und Grundlage der Entscheidung gewesen sind.

Entscheidungsgründe:

Die zulässige Berufung ist unbegründet. Streitgegenstand des vorliegenden Rechtsstreits ist der Bescheid vom 7. August 2008 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 25. November 2008 und des Bescheides vom 7. März 2011. Der Bescheid vom 7. März 2011 ist gemäß [§ 96 Abs. 1](#) in Verbindung mit [§ 153 Abs. 1](#) des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) zum Gegenstand des Rechtsstreits geworden. Über ihn hat der Senat im Wege der Klage zu entscheiden.

Die beim Sozialgericht erhobene Klage ist bereits unzulässig, soweit der Kläger hinsichtlich der Zeit vom 20. April 1954 bis zum 10. Juli 1957 einen Anspruch auf Feststellung der Zugehörigkeit zur zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz und der erzielten Entgelte geltend gemacht hat. Dem Kläger fehlt das Rechtsschutzbedürfnis, da ihm die begehrte Feststellung keinen rechtlichen Vorteil verschaffen kann. Ein solcher würde sich nur dann ergeben, wenn aufgrund dieser Feststellung höhere Entgelte bei der Rentenberechnung berücksichtigt werden könnten, die wiederum eine höhere Rente zur Folge hätten. Das ist hier jedoch nicht der Fall, da die Beklagte hinsichtlich des genannten Zeitraumes bereits Arbeitsentgelte bis zur Höhe der gemäß [§ 260 Satz 2](#) des Sechsten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB VI) auch im Beitrittsgebiet geltenden allgemeinen Beitragsbemessungsgrenze berücksichtigt hat, die sich nach der Anlage II zum SGB VI in der allgemeinen Rentenversicherung auf 9.000,- DM belief. Die Berücksichtigung weiterer Arbeitsentgelte ist ausgeschlossen (vgl. Bundessozialgericht, Urteil vom 16. November 2000, [B 4 RA 72/00 R](#); Urteil vom 9. November 1999, [B 4 RA 2/99 R](#); Urteil vom 31. Juli 1997,

[4 RA 35/97](#)).

Die Klage wäre hinsichtlich der Zeit vom 20. April 1954 bis zum 10. Juli 1957 aber auch unbegründet, da der Kläger insoweit keinen Anspruch auf Feststellung der Zugehörigkeit zur zusätzlichen Altersversorgung der technischen Intelligenz und der erzielten Entgelte hat. Als Rechtsgrundlagen kommen ausschließlich die §§ 5, 6, 8 AAÜG in Betracht. In dem Verfahren nach § 8 AAÜG, das einem Vormerkungsverfahren nach [§ 149 Abs. 5](#) des Sechsten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB VI) ähnlich ist und außerhalb des Rentenverfahrens durchgeführt wird, ist die Beklagte als Zusatzversorgungsträgerin nur dann zu den von dem Kläger begehrten Feststellungen verpflichtet, wenn dieser gemäß § 1 Abs. 1 AAÜG dem persönlichen Anwendungsbereich des Gesetzes unterfällt. Erst wenn das zu bejahen ist, wird in einem weiteren Schritt festgestellt, ob er Beschäftigungszeiten zurückgelegt hat, die einem Zusatzversorgungssystem zuzuordnen sind (§ 5 AAÜG).

Das AAÜG ist auf den Kläger anwendbar. Nach § 1 Abs. 1 Satz 1 AAÜG gilt dieses Gesetz für Ansprüche und Anwartschaften, die auf Grund der Zugehörigkeit zu Zusatz- und Sonderversorgungssystemen im Beitrittsgebiet (§ 18 Abs. 3 des Vierten Buches des Sozialgesetzbuches [SGB IV]) erworben worden sind und beim Inkrafttreten dieses Gesetzes am 1. August 1991 bestanden. Nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts finden grundsätzlich alle Vorschriften des AAÜG dann Anwendung, wenn der Versorgungsträger mit einer positiven Statusentscheidung feststellt, dass zum 1. August 1991 Ansprüche oder Anwartschaften auf Grund der Zugehörigkeit zu einem Versorgungssystem im Beitrittsgebiet erworben worden sind oder eine Anwartschaft fingiert ist (Urteil vom 27. Juli 2004, [B 4 RA 8/04 R](#); Urteil vom 9. April 2002, [B 4 RA 31/01 R](#)). Das ist im vorliegenden Verfahren der Fall. Die Beklagte hat mit dem angefochtenen Bescheid festgestellt, dass die Voraussetzungen des § 1 AAÜG erfüllt sind.

Der Kläger hat jedoch aus § 5 Abs. 1 und Abs. 2 AAÜG nach Maßgabe der Regelungen der DDR keinen Anspruch auf die begehrte Feststellung. Nach § 1 der Verordnung über die zusätzliche Altersversorgung der technischen Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben (VO-AV/tech) vom 17. August 1950 (GBl. DDR I S. 844) in Verbindung mit § 1 Abs. 1 und Abs. 2 der Zweiten Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die zusätzliche Altersversorgung der technischen Intelligenz in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben (2. DB) vom 24. Mai 1951 (GBl. DDR I S. 487) hängt ein solcher Anspruch von drei Voraussetzungen ab, nämlich erstens von der Berechtigung, eine bestimmte Berufsbezeichnung zu führen (persönliche Voraussetzung), zweitens von der Ausführung einer entsprechenden Tätigkeit (sachliche Voraussetzung), die drittens in einem volkseigenen Produktionsbetrieb im Bereich der Industrie oder des Bauwesens im Sinne des § 1 Abs. 1 der 2. DB oder in einem durch § 1 Abs. 2 der 2. DB gleichgestellten Betrieb verrichtet worden sein muss (betriebliche Voraussetzung). Diese Voraussetzungen müssen kumulativ erfüllt sein (Bundessozialgericht, Urteil vom 28. September 2011, [B 5 RS 8/10 R](#); Urteil vom 19. Juli 2011, [B 5 RS 3/10 R](#)).

Die genannten Voraussetzungen lagen beim Kläger nicht vollständig vor. Es fehlte an der betrieblichen Voraussetzung, da der Kläger weder in einem volkseigenen Produktionsbetrieb der Industrie oder des Bauwesens noch in einem gleichgestellten Betrieb beschäftigt war. Der Deutsche Innen- und Außenhandel Chemieausrüstungen war kein Produktionsbetrieb. Hierunter fallen nämlich nur Produktionsdurchführungsbetriebe, die ihr Gepräge durch die Massenproduktion erhalten haben (Bundessozialgericht, Urteil vom 19. Juli 2011, [B 5 RS 7/10 R](#), Urteil vom 23. August 2007, [B 4 RS 3/06 R](#)). Der Deutsche Innen- und Außenhandel Chemieausrüstungen war dagegen, was bereits anhand des Namens deutlich wird, ein Handelsbetrieb. Dafür spricht zumindest als Indiz auch, dass der Betrieb keinem Industrieministerium, sondern dem Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel als übergeordnetem Organ unterstellt war (vgl. Bundessozialgericht, Urteil vom 19. Juli 2011, [B 5 RS 7/10 R](#); Beschluss vom 13. Februar 2008, [B 4 RS 133/07 B](#); Urteil vom 6. Mai 2004, [B 4 RA 52/03 R](#); Urteil vom 9. April 2002, [B 4 RA 41/01 R](#)). Entscheidend ist aber, dass nach § 8 des Statuts der volkseigenen Handelsunternehmen "Deutscher Innen- und Außenhandel" vom 6. November 1952 (MinBl. DDR 1952, S. 177, 178) deren Aufgaben insbesondere im Abschluss von Handelsverträgen, in der Kontoführung, der Inanspruchnahme von Bankkrediten und der Vornahme von Abrechnungen mit Handelspartnern bestanden.

Auch eine Einstufung des Deutschen Innen- und Außenhandel Chemieausrüstungen als gleichgestellter Betrieb im Sinne des § 1 Abs. 2 der 2. DB scheidet aus. Nach dieser Vorschrift waren den volkseigenen Betrieben gleichgestellt: Wissenschaftliche Institute, Forschungsinstitute, Versuchstationen, Laboratorien, Konstruktionsbüros, technische Hochschulen; technische Schulen; Bauakademie und Bauschulen; Bergakademie und Bergschulen; Schulen, Institute und Betriebe der Eisenbahn, Schifffahrt sowie des Post- und Fernmeldewesens; Maschinen-Ausleih-Stationen und volkseigene Güter, Versorgungsbetriebe (Gas, Wasser, Energie); Vereinigungen volkseigener Betriebe, Hauptverwaltungen und Ministerien. Hierunter fällt der Betrieb nicht.

Die im Übrigen zulässige Klage ist unbegründet. Der Kläger hat keinen Anspruch auf die Feststellung höherer Arbeitsentgelte für die Jahre 1982 sowie von 1984 bis 1989. Nach § 6 Abs. 1 Satz 1 AAÜG ist den Pflichtbeitragszeiten nach diesem Gesetz für jedes Kalenderjahr als Verdienst ([§ 256a Abs. 2 SGB VI](#)) das erzielte Arbeitsentgelt oder Arbeitseinkommen zugrunde zu legen. Hierzu gehören nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts auch die in der DDR gezahlten Jahresendprämien, die die Werk tätigen unter bestimmten Voraussetzungen als Bestandteil ihres Arbeitseinkommens erhalten konnten. Die Prämien waren im Regelfall mit dem Betriebsergebnis verknüpft und sollten eine leistungsstimulierende Wirkung ausüben. Sie wurden aus einem zu bildenden Betriebsprämienfonds finanziert. Die Voraussetzungen ihrer Gewährung mussten in einem Betriebskollektivvertrag vereinbart werden. Über ihre Gewährung und Höhe entschied der Betriebsleiter mit Zustimmung der zuständigen betrieblichen Gewerkschaftsleitung nach Beratung im Arbeitskollektiv. Diese allgemeinen Vorgaben galten für alle Prämienformen (§ 116 des Arbeitsgesetzbuches der DDR [AGB-DDR] vom 16. Juni 1977 [GBl. DDR I S. 185]) und demnach auch für die Jahresendprämie (§ 118 Abs. 1 und 2 AGB-DDR). Die Jahresendprämie diente als Anreiz zur Erfüllung und Übererfüllung der Planaufgaben. Sie war deshalb auf das Planjahr bezogen und hatte den Charakter einer Erfüllungsprämie. Nach § 117 Abs. 1 AGB-DDR bestand ein Anspruch auf eine Jahresendprämie, wenn die Zahlung einer solchen für das Arbeitskollektiv, dem der Werk tätige angehörte, im Betriebskollektivvertrag vereinbart war, der Werk tätige und sein Arbeitskollektiv die vorgesehenen Leistungskriterien in der festgelegten Mindesthöhe erfüllt hatte und der Werk tätige während des gesamten Planjahres Angehöriger des Betriebs war. Die Feststellung von Beträgen, die als Jahresendprämien gezahlt wurden, hängt davon ab, dass der Empfänger die Voraussetzungen der §§ 117, 118 AGB-DDR erfüllt hatte. Hierfür und für den Zufluss trägt er die objektive Beweislast (Bundessozialgericht, Urteil vom 23. August 2007, [B 4 RS 4/06 R](#)).

Nach diesen Maßgaben liegen die Voraussetzungen für die Berücksichtigung von Jahresendprämien in den streitgegenständlichen Zeiträumen im Sinne eines Vollbeweises nicht vor. Es fehlen jegliche Belege darüber, dass dem Kläger in diesen Zeiträumen ein konkreter

Betrag als Jahresendprämie zugeflossen ist. Anhaltspunkte für weitere Ermittlungen bestehen insoweit nicht. Nach den vorliegenden Mitteilungen des Landesverwaltungsamts Berlin, der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und des Bundesarchivs sind die entsprechenden Quittungslisten vernichtet worden.

Prämienanspruch und Prämienzufluss sind hinsichtlich der streitigen Jahre auch nicht glaubhaft gemacht worden. Die Möglichkeit der Glaubhaftmachung ergibt sich aus § 6 Abs. 6 AAÜG. Danach wird der glaubhaft gemachte Teil des Verdienstes zu fünf Sechsteln berücksichtigt, wenn ein Teil des Verdienstes nachgewiesen und der andere Teil glaubhaft gemacht wird. Nach [§ 23 Abs. 1 Satz 2](#) des Zehnten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB X) ist eine Tatsache dann als glaubhaft anzusehen, wenn ihr Vorliegen nach dem Ergebnis der Ermittlungen, die sich auf sämtliche erreichbaren Beweismittel erstrecken sollen, überwiegend wahrscheinlich ist. Es reicht dabei die "gute Möglichkeit" aus, dass der entscheidungserhebliche Vorgang sich so zugetragen hat, wie behauptet wird, wobei durchaus gewisse Zweifel bestehen bleiben können. Es genügt, wenn bei mehreren erstlich in Betracht zu ziehenden Möglichkeiten das Vorliegen einer davon relativ am wahrscheinlichsten ist, weil nach Gesamtwürdigung aller Umstände im Vergleich mit den anderen ernsthaften Möglichkeiten mehr für diese als für die anderen Möglichkeiten spricht. Die bloße Möglichkeit einer Tatsache reicht hingegen nicht aus. Dem Tatsachengericht obliegt es in den Grenzen des Grundsatzes der freien Beweiswürdigung ([§ 128 Abs. 1 Satz 1 SGG](#)), sich nach dem hier erforderlichen Beweisgrad der Glaubhaftmachung eine Überzeugung davon zu bilden, ob die für sein Urteil erheblichen Tatsachen vorliegen oder eine von ihnen nicht gegeben ist (Bundessozialgericht, Beschluss vom 7. April 2011, [B 9 VG 15/10 B](#); Urteil vom 4. Dezember 2006, [B 4 R 29/06 R](#); Beschluss vom 8. August 2001, [B 9 V 23/01 B](#)).

Danach kann hier allenfalls von einer einfachen, nicht jedoch von einer "guten Möglichkeit" ausgegangen werden, dass der Kläger in den streitigen Jahren die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Jahresendprämien erfüllte und diese ihm auch zufließen. Die pauschale eidesstattliche Versicherung des Klägers, dass er alljährlich eine Jahresendprämie erhalten habe, begründet für sich genommen keine überwiegende Wahrscheinlichkeit der für die Berücksichtigung von Jahresendprämien erforderlichen Tatsachen. Auch unter Einbeziehung der vorliegenden Unterlagen ändert sich an diesem Ergebnis nichts. Der übersandte Auszug aus dem Betriebskollektivvertrag 1985 enthält die Vorschrift, dass ein Mitarbeiter dann einen Anspruch auf eine Jahresendprämie hatte, wenn die Mittel des Prämienfonds des Instituts beziehungsweise der Einrichtung sowohl die Mindesthöhe der Jahresendprämie als auch eine leistungsgerechte Differenzierung gewährleisteten, die vorgegebenen kollektiven und individuellen Leistungskriterien erfüllt wurden und der Mitarbeiter während des gesamten Planjahres Angehöriger der Bauakademie war. Zwar liegen die entsprechenden Regelungen der Betriebskollektivverträge für die übrigen streitigen Jahre nicht vor, ohne dass insoweit Anhaltspunkte für weitere Ermittlungen bestehen. Es kann jedoch zugunsten des Klägers davon ausgegangen werden, dass diese vertragliche Vorschrift entsprechend auch in den übrigen streitigen Jahren galt. Ansonsten würde der geltend gemachte Anspruch bereits daran scheitern, dass bereits eine im jeweiligen Betriebskollektivvertrag getroffene Vereinbarung über die Zahlung einer Jahresendprämie nicht zugrunde gelegt werden könnte. Nach dem Wortlaut der Vertragsvorschrift ist davon auszugehen, dass die dort genannten Voraussetzungen kumulativ erfüllt sein mussten. Dass sämtliche Voraussetzungen in den streitigen Jahren erfüllt waren, kann jedoch anhand der vorhandenen Unterlagen nicht bejaht werden. Die Frage, ob die Mittel des Prämienfonds sowohl die Mindesthöhe der Jahresendprämie als auch eine leistungsgerechte Differenzierung gewährleisteten, kann aus heutiger Sicht nicht mehr beantwortet werden. Insbesondere die geforderte Gewährleistung einer leistungsgerechten Differenzierung knüpft an eine Einschätzung der Leistungen und des Stellenwerts der gesamten Mitarbeiter der Einrichtung an, die heute nicht mehr nachvollziehbar ist. Soweit sich im Übrigen aus den eingereichten Betriebskollektivverträgen und Geschäftsberichten ergibt, dass in den jeweiligen Jahren Prämienfonds eingerichtet und Prämien auch verbucht wurden, ist daraus nicht ersichtlich, ob es dabei um Jahresendprämien geht. Soweit der Kläger eine handschriftliche Aufstellung über Prämien 1989 eingereicht hat, wird daraus nicht deutlich, von wem diese Aufstellung stammt, in welchem Zusammenhang sie erstellt wurde und ob sich lediglich um einen Entwurf oder um ein Original handelt. Auch für die Beantwortung der Frage, ob sowohl die vorgegebenen kollektiven als auch die individuellen Leistungskriterien erfüllt wurden, fehlen ausreichende Anknüpfungstatsachen. Bekannt ist hinsichtlich der streitgegenständlichen Jahre lediglich, dass dem Kläger 1986 der Ehrentitel "Aktivist der sozialistischen Arbeit" verliehen worden ist und sein Forschungsbereich 1981 und 1982 mit dem Ehrentitel "Kollektiv der sozialistischen Arbeit" ausgezeichnet wurde. Weitere Beweismittel sind nicht bekannt. Insbesondere sind die Personalakten des Klägers bereits vernichtet.

Selbst wenn man zu dem Ergebnis käme, dass die tatsächlichen Voraussetzungen für einen Anspruch auf eine Jahresendprämie und deren Zufluss in den jeweiligen Jahren als glaubhaft gemacht anzusehen seien, könnte der jeweilige konkrete Betrag der Jahresendprämie nicht bestimmt werden. Die vorliegenden Unterlagen hinsichtlich der streitgegenständlichen Jahre enthalten hierüber keine Anhaltspunkte. Über die tatsächliche Höhe der Jahresendprämie entschied ohnehin der Betriebsleiter mit Zustimmung der zuständigen betrieblichen Gewerkschaftsleitung nach Beratung im Arbeitskollektiv. Nur die handschriftliche Aufstellung der Prämien 1989 enthält genau bezifferte Prämien für einzelne Führungskräfte, nicht jedoch für wissenschaftliche Mitarbeiter. Eine Schätzung der möglicherweise bewilligten Jahresendprämien nach [§ 202 SGG](#) in Verbindung mit [§ 287 ZPO](#) kommt nicht in Betracht. Eine solche Schätzung setzt nämlich voraus, dass die erforderlichen Anknüpfungstatsachen zur Überzeugung des Tatrichters nachgewiesen sind. Der Tatrichter überschreitet die seinem Ermessen gesetzten Grenzen, wenn er zu einer Schätzung greift, ohne für sie eine tragfähige Grundlage zu haben (Bundesgerichtshof, Urteil vom 17. Januar 1995, [VI ZR 62/94](#); Urteil vom 23. Oktober 1991, [XII ZR 144/90](#); Urteil vom 16. Oktober 1990, [VI ZR 275/89](#); Urteil vom 15. März 1988, [VI ZR 81/87](#); Urteil vom 22. Dezember 1987, [VI ZR 6/87](#)). An hinreichenden Anknüpfungstatsachen für eine Schätzung fehlt es jedoch im vorliegenden Fall. Der vom Kläger vertretene Ansatz, die Höhe der Jahresendprämien anhand des empirischen Verhältnisses zwischen Gehalt und Prämie zu bestimmen, wird den Anforderungen an eine Schätzung nicht gerecht, da die Höhe der Jahresendprämien nach dem AGB-DDR nicht auf der Grundlage der Höhe früherer Jahresendprämien festgelegt wurde, diese also keine relevanten Anknüpfungstatsachen darstellen.

Die Kostenentscheidung beruht auf [§ 193 SGG](#).

Die Revision ist nicht zuzulassen, da die Voraussetzungen des [§ 160 Abs. 2 Nr. 1 und Nr. 2 SGG](#) nicht vorliegen.

Rechtskraft

Aus

Login

BRB

Saved

2012-02-01